



DER GANZ NORMALE WAHNSINN

von MICHAEL PRACK

Wohn-Almosen

Dass die Arbeiterkammer die von der schwarz-grünen Regierung zusammengeschusterte Wohnkostenhilfe von 200 Euro als „Riesensauerei“ bezeichnete, liegt in der Natur der Dinge. Auch dass in der FPÖ von einer „zynischen Almosenpolitik“ die Rede war und Herbert Kickl eine „eiskalte wohn- und sozialpolitische Verantwortungslosigkeit“ ortete, verwundert nicht. Selbst die mit sich selbst mehr als mit allem anderen beschäftigte SPÖ ließ durchblickend wissen: „Diese kurzfristige Hilfe löst das Problem nicht.“

Logisch, alle gegen die Regierung. Doch das stimmt nicht. Kürzlich stellte auch der schwarze Vorarlberger Landeshauptmann Markus Wallner fest: „Die Wohnkostenhilfe ist keine Lösung.“ Und in Graz begrenzte die KPÖ-Bürgermeisterin Elke Kahr die Mieterhöhung bei Gemeindewohnungen bei zwei Prozent. Kritik an der „großzügigen“ Bundeshilfe für Mieter gibt's auch in Kärnten und Oberösterreich.

Traurig an dem Mieten-Tohuwabohu ist, dass unsere Regierung anscheinend nicht die geringste Ahnung von den Sorgen eines Großteiles der Bevölkerung hat. Oder diese schlicht und einfach ignoriert. Selbst einem abgehobenen Kanzler und einem kaum besseren Vizekanzler müsste doch klar sein, dass vielen Österreichern nach den explosionsartigen Teuerungen bei den Lebensmitteln und der Energie finanziell das Wasser bis zum Hals steht.

Und dann kommt eine saftige Erhöhung der Miete von fast zehn Prozent. Was inzwischen nicht nur Arme und Menschen an der Armutsgrenze trifft, sondern auch schon Teile der Mittelschicht, die bisher materiell noch so halbwegs durchgekommen ist.

Zu der sozialen Wurschtigkeit der Regierung gesellt sich ein weiteres Ärgernis. In einem Staat, in dem nach wie vor zahlreiche Bürger auf den für den August des vergangenen Jahres versprochenen Energiekostenausgleich in Höhe von 150 Euro warten, gibt es auch die Wohnkostenhilfe nicht so mir nix dir nix. Um die 200 Euro muss angesucht werden. Wo, bei wem, bis wann, wie (gibt's Formulare?) – darüber wird in der Bevölkerung gerätselt, da es von der freigiebigen Regierung dazu bisher noch keine verbindliche Stellungnahme gab.